

## **KW-1**

AntragstellerInnen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 3: Mehr Grün für hier! NRW vor den Kommunalwahlen

### **Mehr GRÜN für hier**

1 „Global denken – lokal handeln“. Dieses Motto ist für uns GRÜNE noch immer aktuell. In  
2 Nordrhein-Westfalen stehen wir in diesem Jahr gleich vor zwei wichtigen Weichenstellun-  
3 gen: Bei den Kommunal- und bei den Europawahlen geht es um Richtungsentscheidungen.  
4 Wir GRÜNE stehen für eine pro-europäische Politik, auch weil der GRÜNE Wandel nur in-  
5 ternational erfolgreich sein kann. Europa wird bei diesen Wahlen doppelt herausgefordert:  
6 Von schlechter Politik, für die Nachhaltigkeit ein Fremdwort ist. Und von populistischen  
7 Feinden der Europäischen Einigung. Wir werden die Europawahlen nutzen, um für ein  
8 europäisches Deutschland zu streiten, das weiß wo seine Zukunft liegt: In einem demokratischen,  
9 solidarischen und ökologischen Europa. Wir wissen aber auch, dass entscheidende  
10 Weichen vor Ort gestellt werden. GRÜNE Kommunalpolitik ist die Basis für eine nach-  
11 haltige Politik und demokratische Teilhabe. Dabei reicht das Spektrum von konkreten  
12 Projekten und Konzepten im Bereich des Klimaschutzes bis hin zu einem Zusammenle-  
13 ben, das die unterschiedlichsten Menschen vor Ort in den Kommunen zusammenführt und  
14 das sie gemeinsam gestalten. Mit dieser kommunalpolitischen Erklärung wollen wir auf  
15 die Bedeutung der Europawahl auch für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung  
16 hinweisen und die zentralen Themen unserer Wahlkampagne vorstellen. Diese wurden in  
17 einer breit angelegten Umfrage von unseren Kreisverbänden als die zentralen GRÜNEN  
18 kommunalpolitischen Herausforderungen bestimmt. Über diese Themen hinaus werden  
19 wir selbstverständlich in unseren GRÜNEN Kommunalwahlprogrammen ein breites pro-  
20 grammatisches Spektrum für unsere Wähler\*innen abdecken und GRÜNE Antworten und  
21 Konzepte für die Entwicklungsperspektiven unserer Städte und Gemeinden anbieten.

22 Im Sinne eines Europa der Regionen ist auch die interkommunale Zusammenarbeit eine  
23 große Chance für mehr Effizienz und eine Verbesserung der Qualität von Leistungen. Wir  
24 GRÜNE fördern in der Landespolitik die Möglichkeiten der interkommunalen Zusam-  
25 menarbeit, sei es beispielsweise über öffentlich-rechtliche Vereinbarungen oder über die  
26 Gründung von Zweckverbänden. Die kommunal verfassten Landschaftsverbände erfüllen  
27 zahlreiche überörtliche kommunale Aufgaben und sind wichtige Bindeglieder zwischen  
28 den Kommunen. Den Regionalverband Ruhr entwickeln wir durch die Novelle des RVR-  
29 Gesetzes als Klammer für die Metropolregion Ruhr weiter. Weitergehenden Bedarf für  
30 regionale Kooperationen in NRW werden wir prüfen.

## 31 **Europäische Politik – Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten**

32 Für viele Menschen ist Europa eine abstrakte Idee und hat mit dem täglichen Leben wenig  
33 zu tun. Dabei betreffen die Regeln, die in Brüssel debattiert und beschlossen werden, jeden  
34 Einzelnen von uns. Zum Beispiel wenn es um die kommunale Daseinsvorsorge geht. Ge-  
35 rade in diesem Bereich darf das Gemeinwohl nicht einseitig Wettbewerbsgedanken unter-  
36 geordnet werden. Wir GRÜNE wollen, dass die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und  
37 demokratischer Verantwortung bleibt. Für diese Überzeugung sind wir GRÜNEN in den  
38 letzten Jahren erfolgreich eingetreten: So sahen die ersten Vorschläge der EU-Kommission  
39 zu den sogenannten „Dienstleistungskonzessionen“ eine Öffnung des Wassemarktes für  
40 private Anbieter vor. Gegen diese Pläne formierte sich eine Europäische Bürgerinitiative,  
41 der es mit Hilfe vieler engagierter Menschen und nicht zuletzt mit Hilfe der GRÜNEN  
42 im Europäischen Parlament gelungen ist, die „Privatisierung des Wassemarktes“ zu ver-  
43 hindern. Im Ergebnis haben sich Kommission, Rat und Europa-Parlament geeinigt, den  
44 Wassersektor aus dieser europäischen Regelung herauszunehmen.

45 Auch andere Versuche einer schleichenden Privatisierung wichtiger öffentlicher Dienst-  
46 leistungen haben die GRÜNEN auf europäischer Ebene verhindert, so können z. B. Ret-  
47 tungsdienste weiterhin problemlos ohne europaweite Ausschreibungen von gemeinnützigen  
48 Organisationen betrieben werden. Zusätzlich haben sich die GRÜNEN beim Vergaberecht  
49 erfolgreich gegen eine Fokussierung auf das „Gebot des niedrigsten Preises“ eingesetzt. Bei  
50 Auswahlverfahren können Lebenszykluskosten nun ebenso beachtet werden wie ökologi-  
51 sche Kriterien, Fair-Trade-Siegel oder – mit gewissen Einschränkungen – die Produkti-  
52 onsmethoden. Auch geschützte Werkstätten, die sich in besonderem Maße der Eingliede-  
53 rung behinderter und benachteiligter Menschen widmen, dürfen bei der Auftragsvergabe  
54 bevorzugt werden. Damit wurden – auch aufgrund des Einsatzes der GRÜNEN im Euro-  
55 päischen Parlament – Freiräume geschaffen, die die Kommunen in den nächsten Jahren  
56 nutzen können.

57 Dieser Erfolg darf nicht wieder durch die Hintertür durch das Transatlantische Freihand-  
58 delsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) zunichte gemacht werden. Auf  
59 dem Spiel stehen nichts weniger als soziale und ökologische Standards, für die wir seit  
60 Jahren gerungen haben. Die öffentlichen Dienstleistungen, wie insbesondere die Wasser-  
61 versorgung, müssen ebenso wie der Agrar- und Lebensmittelsektor sowie die Kultur aus-  
62 genommen werden. Wir fordern die Aussetzung der Verhandlungen und einen kompletten  
63 Neustart, auf Basis eines transparenten Verfahrens und eines neuen Verhandlungsmanda-  
64 tes. Wir GRÜNE werden keinem Abkommen zustimmen, das europäische Standards und  
65 die kommunalen Dienstleistungen untergräbt.

## 66 **Klimaschutz beginnt vor Ort – Energiewende von unten**

67 Die Auswirkungen des von Menschen verursachten Klimawandels sind bereits heute spür-  
68 bar und werden sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verstärken. Es müssen jetzt  
69 konsequent alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Folgen des Klimawandels so weit  
70 wie möglich beherrschbar zu machen. Der Kampf gegen den Klimawandel und für den  
71 Erhalt der Umwelt beginnt vor Ort.

72 NRW ist das erste deutsche Bundesland, das ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und da-  
73 mit konkrete Ziele für die Reduktion von Treibhausgasen gesetzt hat. Bundesweit nehmen  
74 wir damit eine Vorreiterrolle ein. Bis zum Jahr 2020 wollen wir die CO-Emissionen um  
75 25 Prozent (im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990) reduzieren, für das Jahr 2050 liegt unser  
76 Ziel bei 80 Prozent. Unter Federführung des GRÜN-geführten Klima- und Umweltminis-  
77 teriums wird in NRW ein Klimaschutzplan mit Maßnahmen erarbeitet, damit diese Ziele  
78 auch erreicht werden können. Dabei werden im Rahmen eines breiten und frühzeitigen  
79 Beteiligungsverfahrens auch Repräsentanten der Städte und Gemeinden einbezogen. Unse-  
80 re Ziele erreichen wir nur, wenn Klimaschutz auch in den Kommunen eine zentrale Rolle  
81 spielt. GRÜNE Politik setzt sich dafür ein, dass auch weiterhin Investitionen in die Ener-  
82 giewende vor Ort getätigt werden können und es dafür verlässliche Rahmenbedingungen  
83 auf Bundesebene gibt.

84 Das heißt: Bürgerenergiegenossenschaften, die Windparks errichten und betreiben, So-  
85 larsparbriefe, Solarkataster, energetische Sanierungen öffentlicher Gebäude bis hin zum  
86 Passivhausstandard, LED-Straßenbeleuchtung, Solarsiedlungen, Photovoltaikanlagen auf  
87 Dächern kommunaler Gebäude und nicht zuletzt der Bau von immer mehr hocheffizienten  
88 Gas- und Dampfturbinenkraftwerken mit Wärmeauskopplung anstatt klimaschädlicher  
89 Kohlekraftwerke. Unsere Kommunen in NRW sind europaweite Vorbilder in Sachen Ener-  
90 giewende und damit wichtige Verbündete wenn es darum geht, unsere Klimaschutzziele  
91 zu erreichen. Und sie profitieren mit dieser Politik auch ökonomisch, indem Wertschöp-  
92 fungspotenziale durch Beschäftigung und Gewinne erzielt werden können. Dafür braucht  
93 es starke GRÜNE vor Ort, die diese Entwicklung weiter vorantreiben.

94 Investitionen in Klimaschutz sind Zukunftsinvestition: Auch Kommunen im Nothaushalt  
95 wird es daher ermöglicht, verstärkt auf Maßnahmen in diesem Bereich zu setzen: Wir  
96 setzen uns dafür ein, dass jede Stadt und jede Gemeinde in NRW ein Klimaschutzkonzept  
97 erarbeitet. Die Ausgangslage ist gut: Auch mit Unterstützung GRÜNER Politik vor Ort  
98 haben bereits 121 Kommunen in NRW ein Klimaschutzkonzept.

## 99 **Vor Ort mobil – für besseren Verkehr**

100 Zu einer Energiewende vor Ort gehört auch eine zukunftsgerichtete Mobilitätspolitik.  
101 Dafür brauchen die Kommunen in NRW eine Verkehrsinfrastruktur, die klimagerechte und  
102 nutzerfreundliche Mobilität auch ermöglicht. Mit dem „Aktionsplan Nahmobilität“ hat die  
103 rot-GRÜNE Landesregierung deshalb die Bereiche Fuß- und Radverkehr gestärkt.

104 Schon jetzt nutzen immer mehr Menschen die Möglichkeiten, klimafreundlich unterwegs zu  
105 sein. Besonders bei jungen Leuten hat das Auto seine zentrale Rolle eingebüßt. Die Anzahl  
106 der unter 30-jährigen, die nicht mehr auf ein Verkehrsmittel festgelegt sind, steigt stetig  
107 an. Der leicht gestiegene Fahrradverkehrsanteil, der massive Anstieg des Car-Sharings in  
108 den letzten 15 Jahren und die kontinuierlich steigenden Fahrgastzahlen im ÖPNV doku-  
109 mentieren diese Entwicklung. Auch E-Mobilität erfreut sich eines wachsenden Zuspruchs.  
110 Damit dieser Trend sich fortsetzt, brauchen wir mehr Platz und Geld für Fuß- und Rad-  
111 verkehr und für Bus und Bahn. Das gilt nicht nur für urbane Zentren, sondern gerade

112 auch für den ländlichen Raum. Egal ob in der Stadt oder auf dem Land: GRÜNE Poli-  
113 tik achtet z.B. darauf, dass Baugebieten einen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr  
114 bekommen.

115 Allerdings müssen diese Maßnahmen auch bezahlt werden. Für die vom Bund finanzierten  
116 Entflechtungsmittel und Regionalisierungsmittel hat die schwarz-rote Bundesregierung  
117 keine langfristige Lösung vorgesehen. Im Koalitionsvertrag ist lediglich geregelt, dass sich  
118 eine Bund-Länder-Finanzkommission mit der Finanzierungsfrage beschäftigen soll. Auch  
119 von den fünf Milliarden, die der Bund für die Verkehrsinfrastruktur in die Hand nehmen  
120 will, ist kein Cent für die kommunalen Straßen und Brücken vorgesehen.

## 121 **Kommunale Finanzen – Gemeinsame Verantwortung**

122 Betreuungsangebote für Kinder, gute Schulen, Mobilität für alle Bürgerinnen und Bür-  
123 ger durch eine gute Verkehrsinfrastruktur, ein spannendes Kulturangebot, ausreichende  
124 Grünflächen und Naherholungsangebote – das sind Eckpfeiler, die die Lebensqualität in  
125 Städten und Gemeinden ausmachen. Unser Ziel sind deshalb starke und handlungsfähige  
126 Kommunen, die genug Geld für die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung in der  
127 Kasse haben.

128 Doch viele Städte und Gemeinden befinden sich nach wie vor in einer schwierigen finazi-  
129 ellen Situation. In NRW gibt es zwar einige „reiche“ Städte und Gemeinden – gleichzeitig  
130 stehen aber leider immer noch viele Kommunen finanziell mit dem Rücken zur Wand.  
131 Das statistische Landesamt hat ausgerechnet, dass die kurzfristigen Kassenkredite der  
132 Kommunen in NRW zum Ende des Jahres 2012 eine Höhe von rund 23,7 Milliarden Euro  
133 (1 329 Euro je Einwohner\*in) erreicht hatten. Auch die langfristigeren Investitionskredite  
134 der NRW-Kommunen summierten sich Ende 2012 auf 22,7 Milliarden Euro (1 272 Euro  
135 je Einwohner\*in). Für die Politikerinnen und Politiker vor Ort bedeutet diese finanzielle  
136 Lage eine enorme Herausforderung und eine Begrenzung des Gestaltungsspielraums.

137 In der Regierungszeit von Union und FDP im Bund gab es wenig Unterstützung für die  
138 notleidenden Kommunen. Im Gegenteil: Zentrale Gesetzesinitiativen der schwarz-gelben  
139 Bundesregierung, wie etwa das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, haben die kommunalen  
140 Steuereinnahmen zusätzlich gesenkt. Insgesamt entzogen schwarz-gelbe Steuergesetze den  
141 Kommunen deutschlandweit zwischen 2010 und 2013 ca. 5,2 Milliarden Euro. Ganz be-  
142 wusst hat die damalige Bundesregierung die Notlage der Kommunen heruntergespielt: Der  
143 exzessive Anstieg der Kassenkredite in den letzten zehn Jahren wurde mit dem Hinweis,  
144 es handele sich um kein flächendeckendes Problem, abgetan.

145 Auch von der Großen Koalition können die Kommunen kurzfristig eher wenig Hilfe er-  
146 warten: Obwohl bereits die alte schwarz-gelbe Bundesregierung im Rahmen der Verhand-  
147 lungen zum Stabilitätspakt den Kommunen eine Entlastung von bundesweit rund fünf  
148 Mrd. Euro zugesagt hatte, bleibt der Zeitpunkt der Umsetzung durch die neue Regie-  
149 rung weiterhin offen. Unsere Städte und Gemeinden warten angesichts ihrer angespannten  
150 Haushaltslage dringend auf ein deutliches und klares Signal aus Berlin. Insbesondere die  
151 steigenden Kosten der sozialen Sicherung wie die Eingliederungshilfe für Menschen mit  
152 Behinderungen und die Kosten der Unterkunft für ALG II Empfänger\*innen sind durch  
153 die Kommunen wenig zu beeinflussen.

154 Seit der Regierungsübernahme 2010 hat die Sanierung der Kommunalfinanzen für die rot-  
155 GRÜNE Landesregierung hohe Priorität. Die Kommunen werden nicht mehr zur Kon-  
156 solidierung des Landeshaushalts herangezogen. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die  
157 Städte und Gemeinde wieder angemessen an der Grunderwerbssteuer beteiligt werden.  
158 Durch diese Maßnahmen erhalten die Kommunen seit 2010 pro Jahr zwischen 300 und 393  
159 Millionen Euro zusätzlich. Darüber hinaus hat das Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG)  
160 im Jahr 2014 mit 9,4 Milliarden Euro die höchste Finanzausgleichsmasse, die es je in NRW  
161 gegeben hat.

162 Des Weiteren hat das Land NRW vier Milliarden Euro eingeplant, die zwischen 2011 und  
163 2020 über den Stärkungspakt Stadtfinanzen an Kommunen in besonders prekärer Lage  
164 ausgezahlt werden. Kommunen mit im Landesvergleich überdurchschnittlichem Steuerauf-  
165 kommen leisten ebenfalls einen Beitrag: Insgesamt hat der Stärkungspakt ein Volumen  
166 von 5,6 Milliarden Euro – wobei das Land einen deutlich größeren Anteil übernommen  
167 hat als ursprünglich geplant.

168 Damit konnten die Probleme in den notleidenden Kommunen nicht vollständig gelöst  
169 werden – aber Rot-GRÜN in NRW hat trotz angespannter Haushaltslage Verantwortung  
170 übernommen und den Kommunen dabei geholfen, Gestaltungsspielräume wieder zurück-  
171 zugewinnen. Diese nachhaltige Finanzpolitik unterstützen unsere GRÜNEN Fraktionen  
172 in den Rathäusern und Kreistagen.

## 173 **Gute Bildung von Anfang an**

174 Gute Bildung und Betreuung von Kindern ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit  
175 unseres Landes. Wir wollen wir beste Bildungsangebote und Chancen für alle Kinder.

176 Auch in anderen Bereichen hat sich seit 2010 die Ausgangslage für die Kommunen verbes-  
177 sert. Beim Kita-Ausbau haben wir die erste Zielmarke bereits erreicht: Seit August 2013  
178 kann für jedes dritte Kind unter drei Jahren in NRW ein Betreuungsplatz angeboten wer-  
179 den – die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf U3-Betreuung konnte somit erfolgen. Diese  
180 Zielmarke konnten wir aber nur schaffen, weil die Kommunen inzwischen auch die Bun-  
181 desmittel für den Betrieb von Kitas erhalten, die von der schwarz-gelben Landesregierung  
182 noch in den Landeshaushalt umgeleitet wurden. Von 2010 bis 2013 sind unter Rot-Grün  
183 die Landesausgaben für eine bedarfsgerechte und hochwertige Kindertagesbetreuung um  
184 über 50% erhöht worden.

185 Damit der qualitative Ausbau der Kita-Betreuung – beispielsweise beim Betreuungsschlüs-  
186 sel – nun fortschreiten kann, ist es notwendig, dass weiterhin Bundesmittel zur Verfügung  
187 gestellt werden. Die Gefahr, dass allein Kommunen und das Land für die Personalaus-  
188 stattung, Qualität und Qualifikation die Zeche zahlen sollen, ist absehbar, denn der im  
189 schwarz-roten Koalitionsvertrag vorgesehene Betrag von 250 Mio. Euro jährlich bleibt  
190 weit hinter dem tatsächlichen Finanzbedarf zurück.

191 Auch wenn der Rechtsanspruch durch die finanzielle Kraftanstrengung von Land und  
192 Kommunen umgesetzt ist, bleibt noch viel zu tun, um allen Kindern eine bestmögliche  
193 frühkindliche Bildung zu ermöglichen.

194 Auf Landesebene werden wir deshalb im Zuge einer erneuten Reform des Kinderbildungs-  
195 gesetzes (KiBiz) dafür Sorge tragen, dass es endlich eine konkrete und handfeste Definition  
196 des Begriffes frühkindliche Bildung gibt, die wir im Anschluss mit Leben füllen wollen. Wir  
197 werden es ermöglichen, dass in Kitas zukünftig multiprofessionelle Teams arbeiten und  
198 durch überjährige Zuschüsse eine längere Budgetplanung möglich wird – nur so können  
199 Kitas auch an neu eingestellte Erzieherinnen und Erzieher unbefristete Arbeitsverträge  
200 vergeben.

201 Durch die Begrenzung der Schließzeit der Kitas auf 30 Tage im Jahr, eine Übergangsrege-  
202 lung für den Zeitraum zwischen Kita und Grundschule und die Einführung der Übermit-  
203 tagsbetreuung als Regelfall sorgen wir zudem dafür, dass Kindertagesstätten zukünftig  
204 einen noch größeren Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten.

205 Einen entscheidenden Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten wir aber auch da-  
206 durch, dass wir durch einen Zuschlag für Kindertagesstätten mit besonders vielen Kin-  
207 dern mit Eltern im SGBII-Bezug dafür Sorge tragen, Ungerechtigkeiten direkt vor Ort zu  
208 bekämpfen.

209 Gute Schule ist Standortfaktor für Familien und Unternehmen, sie gehört zu lebendigen  
210 Gemeinden und Stadtvierteln dazu. Mit dem von uns GRÜNEN vorangebrachten Schul-  
211 konsens haben wir unseren Kommunen die Möglichkeit gegeben, leistungsstarke Schulen  
212 vor Ort zu erhalten und damit die ihre Attraktivität zu sichern.

213 Mit unserem Grundschulkonzept behält der Satz „kurze Beine, kurze Wege“ seinen Sinn.  
214 Mit den neuen Schulen des längeren gemeinsamen Lernens können sich jetzt alle Kom-  
215 munen für eine Schulform zu entscheiden, die den Bildungsweg unserer Kinder und Ju-  
216 gendlichen länger offen lässt. Der Erfolg gibt uns Recht: Bisher sind im ganzen Land  
217 155 Schulen des längeren gemeinsamen Lernens gegründet worden, darunter 84 Sekun-  
218 darschulen und 58 Gesamtschulen. Wir GRÜNE wollen diese Schulentwicklung weiter  
219 intensiv begleiten.

## 220 **Mitbestimmung – Mehr als ein Kreuz auf dem Stimmzettel**

221 Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und beginnt vor Ort.  
222 Wir wollen Beteiligung und Mitbestimmung verbessern und erreichen, dass Bürgerinnen  
223 und Bürger ihre Stadt aktiv mitgestalten können.

224 Mit einem ersten Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung hat die Rot-GRÜNE Lan-  
225 desregierung deshalb für eine Verbesserung der Möglichkeiten direkter Demokratie in den  
226 Kommunen gesorgt. Ein zentrales Element der Gesetzesänderung war die Absenkung des  
227 Zustimmungsquorums bei Bürgerentscheiden auf 15 Prozent (bei Kommunen über 50.000  
228 Einwohnern) und auf zehn Prozent (bei Städten und Kreisen mit mehr als 100.000 Ein-  
229 wohnern).

230 GRÜNE Politik vor Ort steht für Beteiligung und Mitbestimmung. Zentrale Elemente des  
231 GRÜNEN Politikverständnisses sind der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und  
232 der Einsatz für transparentes Verwaltungshandeln. Zudem unterstützen wir die Wahlen  
233 von Kinder-, Jugend- und Integrationsräten. Wir setzen auf die Mitwirkung von Anfang an

234 bei kommunalen Projekten – denn wo kann man ausgewiesenerer Planerinnen und Planer  
235 finden, als bei den Menschen, die in der Gemeinde leben?

## 236 **Vielfalt leben**

237 In unsere Kommunen leben Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, Herkunft und  
238 sexueller Identität mit vielfältigen Interessen und Bedürfnissen zusammen. Wir möchten,  
239 dass unsere Städte und Gemeinden ein lebenswerter Raum für alle Menschen sind. Die  
240 Vielfalt ist dabei zugleich Herausforderung und Stärke unserer Kommunen.

241 In den letzten Jahrzehnten hat sich NRW angesichts des demographischen Wandels ver-  
242 ändert. Betrachtet man die reinen Einwohnerzahlen, so lassen sich sowohl Wachstums- als  
243 auch Schrumpfungsprozesse erkennen. Während es im Westmünsterland und weiten Tei-  
244 len des Rheinlandes zum Teil zu einem deutlichen Bevölkerungswachstum gekommen ist,  
245 schrumpfen gleichzeitig das Ruhrgebiet, das Bergische Land und auch Südwestfalen. Dabei  
246 sind die Wanderungsprozesse keinesfalls gleichmäßig: Manche Regionen, Städte oder auch  
247 städtische Quartiere verlieren besonders jüngere und qualifizierte Personen. Daraus re-  
248 sultiert eine Beschleunigung des gesellschaftlichen Alterungsprozesses und vielerorts auch  
249 Fachkräftemangel, z.B. in der Pflege und Gesundheitsversorgung, der grundlegende struk-  
250 turelle Veränderungen notwendig macht.

251 Auch durch den Zuzug von Menschen aus europäischen und nichteuropäischen Ländern  
252 erwachsen neue Herausforderungen. Während Politiker von CSU, FDP oder AFD populis-  
253 tisch vor „Armutsmigration“ warnen und über die Ausweisung „nicht-integrationswilliger“  
254 EU-Ausländer\*innen schwadronieren, wollen wir da, wo es Probleme gibt, mit Integrati-  
255 onsangeboten jedem Zuwanderer und jeder Zuwanderin eine Chance geben. Nordrhein-  
256 Westfalen ist ein traditionelles Einwanderungsland und hat davon profitiert: Mehr als  
257 ein Viertel der Menschen hier hat einen Migrationshintergrund. Vor Ort wollen wir die  
258 Integrationskonzepte (weiter-)entwickeln. Dazu gehören für uns Menschen mit und ohne  
259 festen Aufenthaltsstatus. Das beinhaltet sowohl die Öffnung von Integrationskursen als  
260 auch die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen und die Abkehr vom  
261 Sachleistungsprinzip für Flüchtlinge. Im Jahr 2014 finden zum ersten Mal die Wahlen  
262 der Integrationsräte zeitgleich mit den Kommunalwahlen statt, damit sorgen wir ganz  
263 konkret für mehr Augenhöhe bei der Mitbestimmung.

264 Gerade dort, wo die Bevölkerung schrumpft und älter wird, muss die Politik vor Ort  
265 Konzepte entwickeln, um den Lebensraum für junge Leute wieder attraktiv zu gestal-  
266 ten und um für die Älteren eine Versorgung im Quartier zu ermöglichen. Dabei geht es  
267 nicht nur um ortsnahe Arbeitsplätze. Im ländlichen Raum kann z.B. die Frage, wie oft  
268 am Tag der Bus fährt, welches Schulangebot vor Ort vorgehalten wird, ob eine wohn-  
269 ortnahe hausärztliche Versorgung gewährleistet ist oder ob es Einkaufsmöglichkeiten im  
270 Ort gibt, eine entscheidende Bedeutung für die Attraktivität eines Wohnortes haben. Wir  
271 haben begriffen, dass Wohnkonzepte, die im Stadtteil professionelle Hilfe, Nachbarschafts-  
272 arbeit und soziale Netze verbinden, der beste Weg sind, uns auf eine alternde Gesellschaft  
273 einzustellen. Unser Ziel ist es, den Menschen auch im Alter ein hohes Maß an Selbst-  
274 bestimmung zu ermöglichen und die dafür notwendige Unterstützung zu gewährleisten.

275 Durch Quartierskonzepte, die Förderung sozialen Wohnungsbaus, neue Mobilitätsstrate-  
276 gien und vielen anderen Maßnahmen streben wir pragmatische Lösungen an, um mit den  
277 vielfältigen Aspekten der gesellschaftlichen Veränderungen umzugehen.

278 Leider müssen wir erleben, dass sich die Verhältnisse nicht immer zum Besseren entwi-  
279 ckeln und erkämpfte gesellschaftliche Freiheiten immer wieder verteidigt werden müssen.  
280 Deshalb setzen wir uns für queere Projekten in den Kommunen ein und verhindern, dass  
281 entsprechende Mittel gekürzt oder gestrichen werden. Respekt, Gleichberechtigung und  
282 Emanzipation müssen auf allen Ebenen erstritten und verteidigt werden.

283 Dies gilt auch für die Situation der Frauen in unserer Gesellschaft. In zu vielen Kommunen  
284 gibt es zu wenig Mittel für die Strukturen zur Frauenförderung und zu wenig Interesse in  
285 den Räten für das Thema Gleichberechtigung. Wir wollen dieses wichtige Thema deshalb  
286 noch stärker als Querschnittsaufgabe verankern und in den Fokus rücken. In den kommu-  
287 nalen Unternehmen muss der erschreckend geringe Frauenanteil in den Führungsebenen  
288 deutlich steigen. Deshalb wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz durchsetzungsstärker  
289 gestalten.

290 Inklusion ist ein Menschenrecht und steht für eine Gesellschaft, die Teilhabe für alle ga-  
291 rantiert und Barrieren und Diskriminierungen abbaut. Unter mangelnder Inklusion leiden  
292 heute vor allem Menschen mit Behinderungen, denen in vielen Lebensbereichen ein selbst-  
293 bestimmtes Leben nicht ermöglicht wird. In NRW leben rund 2,6 Millionen Menschen mit  
294 einer Behinderung. Mit dem Inklusionsplan "NRW inklusiv" haben wir über 100 Einzel-  
295 maßnahmen aufgelistet, die zur Umsetzung anstehen.

296 In den Städten und Gemeinden übernehmen wir Grüne seit langem Verantwortung für  
297 die Umsetzung der UN-Konvention als völkerrechtliche Verpflichtung, um mehr Freiheit  
298 für jene zu ermöglichen, die die Unterstützung der Gemeinschaft brauchen. Besonders  
299 in den Bereichen Bildung, Wohnen, berufliche Teilhabe und Eingliederungshilfe gibt es  
300 noch viel zu tun. Hierbei geht es um einen Paradigmenwechsel, durch den alte Struktu-  
301 ren durch neue, inklusive Formen ersetzt werden sollen. Um einen erfolgreichen Ausbau  
302 ambulanter Wohnformen durch GRÜNE Politik in den Kommunen und Landschaftsver-  
303 bänden fortzusetzen und das selbstständige Wohnen und Leben zu ermöglichen, muss der  
304 Kostenvorbehalt im Sozialhilferecht gestrichen werden. All dies soll in einem eigenstän-  
305 digen Bundes-Teilhabegesetz verankert werden, für das sich GRÜNE auf Landes- und  
306 Bundesebene einsetzen.

307 Im Bereich Bildung ist der frühkindliche Bereich mit seinen Angeboten relativ weit ent-  
308 wickelt, deckt aber den vorhandenen Bedarf noch nicht ab. Das gemeinsame Lernen, dass  
309 in vielen Teilen unseres Landes seit über 30 Jahren gelebt wird, soll Schritt für Schritt  
310 wachsen. Wir sind überzeugt, dass inklusive Schulen gut für alle Kinder sind und haben  
311 den Rechtsanspruch auf Inklusion in der Regelschule verankert, um Schulträgern und vor  
312 allem den Eltern Rechtsklarheit zu geben. Jetzt geht es darum, eine gute Qualität in den  
313 inklusiven Schulen zu gewährleisten und den Rechtsanspruch zum Erfolg zu führen.

## **AntragstellerInnen**

Landesvorstand